Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.
Rheder Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 22 und 87. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 194 | Samstag, den 18. Juli | 1925

Räumung des ganzen Ruhrgebietes bis Ende Juli.

Einschließlich Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

✈ **Düsseldorf, 17. Juli. (Tel.) Nach einer Meldung des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungstruppen, General Guilleaumat an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf haben die französische und die belgische Regierung beschlossen, die seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete zu räumen, und zwar am 20. Juli vor 12 Uhr Mitternacht das gesamte belgisch besetzte Gebiet, das seit dem 11. Januar 1923 besetzt ist und das französisch besetzte Gebiet, das seit dem 11. Januar 1923 besetzt ist, soweit es in der Provinz Westfalen liegt. Am 31. Juli vor 12 Mitternacht wird geräumt sein das französisch besetzte Gebiet, das nach dem 11. Januar 1923 besetzt wurde,**

In Ausführung dieser Mitteilung hat der kommandierende General des 32. Armeekorps in Düsseldorf zum Ausdruck gebracht, daß die Kontrolle der französischen Besatzungsbehörden in den geräumten Zonen mit folgenden Daten ihr Ende erreicht: 20. Juli Mitternacht für die besetzten Gebiete der Provinz Westfalen und am 31. Juli für den Rest der seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete.

w. **Paris, 17. Juli. (Drahtb.) Wie dem „Temps" aus Brüssel gemeldet wird, hat die belgische Regierung im Einverständnis mit der französischen und englischen Regierung beschlossen, daß die im Jahre 1921 besetzten drei Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in den nächsten Tagen zu gleicher Zeit mit den letzten Städten des besetzten Ruhrgebietes geräumt werden.**

tu. **Münster, 17. Juli. (Tel.)** General Franck hat an die Oberbürgermeister von Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Herne und an die Landräte von Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen, sowie an den Bürgermeister von Castrop folgendes Schreiben gerichtet: „Ich habe die Ehre, zu Ihrer Kenntnis zu bringen, daß die französische Regierung die Räumung der auf dem rechten Rheinufer seit dem 11. Januar 1923 besetzten Gebiete beschlossen hat. Das Gebiet von Bochum wird am 20. Juli vor Mitternacht geräumt sein. Herr von Schubert, Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, hat der französischen Regierung die Mitteilung zukommen lassen, daß er sich bemühen würde, im Augenblick der Räumung der Ruhrgebiete alles zu vermeiden, was der Beruhigungspolitik, welcher beide Regierungen die größte Bedeutung zumessen, zuwiderlaufen würde. Ich bitte Sie, im Geiste dieses Einvernehmens alle nützlichen Maßnahmen zu treffen, um im Augenblick dieses Abmarsches und aus Anlaß dieses Abmarsches jede Kundgebung zu vermeiden. Gemäß dem Befehle des kommandierenden Generals der Armee hört die Kontrolle des geräumten Gebiets von Bochum mit dem 20. Juli, 12 Uhr nachts, auf."

tu. **Münster, 17. Juli. (Tel.)** Nach Mitteilung des französischen Kommandanten verläßt das französische Infanterieregiment Nr. 124 am Sonntag Gelsenkirchen, so daß Gelsenkirchen vollständig frei wird. Es bleibt auch keine Gendarmerie zurück.

tu **Osterfeld, 17. Juli. (Tel.)** Die belgische Besatzung hat Befehl erlassen, daß das Besatzungsamt am Samstag, den 18. und Sonntag, den 19. Juli Dienst machen muß. Das Abrücken der Besatzung erfolgt voraussichtlich am Sonntag bzw. Montag. Bis zum 15. August gilt Osterfeld als besetztes Gebiet. Die von den Belgiern erlassenen Verordnungen bleiben bis zu diesem Termin in Kraft. Mit der Ueberwachung wird die belgische Gendarmerie beauftragt. Wie hier verlautet, rücken die belgischen Truppen nach Ostende in Garnison.

Die Antwortnote.

Auswärtiger Ausschuß und Ministerpräsidenten stimmen zu.

tu. **Berlin, 17. Juli. (Tel.)** Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um die Aussprache über die Antwortnote auf die Note der französischen Regierung vom 16. Juli 1925 vorzunehmen. Hieran nahmen Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Schiele, Reichswirtschaftsminister Neuhaus, Reichsjustizminister Frenken sowie sämtliche Referenzen des Auswärtigen Amtes und die Vertreter der Länder teil. Die Aussprache wurde eingeleitet mit ausführlichen Darlegungen des Reichskanzlers Dr. Luther und des Außenministers Dr. Stresemann. Dieser gab in ausführlicher Rede den Inhalt der deutschen Antwortnote dem Ausschuß zur Kenntnis und knüpfte daran Darlegungen über die außenpolitische Situation und den allgemeinen Stand der Sicherheitsfrage. Die Aussprache ergab, daß der Ausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit dem Grundgedanken der deutschen Antwortnote zustimmte.

w. **Berlin, 17. Juli. (Drahtb.)** Bei einer heute nachmittag in der Reichskanzlei abgehaltenen Besprechung der Reichsregierung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder wurde auf Grund der Aussprache, die sich an die Darlegungen des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen anschloß, die allgemeine Zustimmung zu dem Inhalt der deutschen Antwortnote zur Sicherheitsfrage festgestellt.

Die Probleme der deutschen Innenpolitik.

Die Fraktionsführer beim Reichskanzler.

Ⓑ **Berlin, 17. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)** Am Freitag abend 7 Uhr fand beim Reichskanzler Dr. Luther eine ausgiebige Aussprache über die gesamten Probleme der deutschen Innenpolitik statt. Zu dieser Aussprache waren die Fraktionsführer der Regierungsparteien geladen. Man beschäftigte sich insbesondere mit der Steuerfrage, der Zollvorlage und dem Finanzausgleich. Man kann annehmen, daß der Reichskanzler die Fraktionsführer noch einmal zusammenberufen hatte, um mit ihnen die letzten abschließenden Besprechungen insbesondere im Hinblick auf die Steuergesetze zu pflegen, die im Steuerausschusse des Reichstages in den nächsten Tagen in zweiter Lesung erledigt werden sollen.

Bevorstehende Deutschenausweisungen aus Polen.

✈ **Berlin, 17. Juli. (Tel.)** Wie der „Vorwärts" aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist zum 1. August die Ausweisung von über 10 000 deutschen Bürgern aus Posen und Westpreußen zu erwarten. Es handelt sich um sogenannte Optanten, die aus wirtschaftlichen Gründen bisher ihre Uebersiedelung nach Deutschland nicht vollziehen konnten. Sollte die polnische Unvernunft, so schreibt der „Vorwärts" weiter, nicht noch im letzten Augenblick ein Einsehen haben, bleibt der Reichsregierung und mit ihr der preußischen Regierung nichts anderes übrig, als die vorbereiteten Gegenmaßnahmen in Gang zu bringen und ihrerseits mit der Ausweisung der polnischen Optanten in Deutschland zu beginnen.

Weiter erfahren wir: Die polnische Regierung unterscheidet zwischen Optanten, die noch Grundbesitz haben und solchen ohne Grundbesitz. Letztere sollen gezwungen werden, bis zum 1. August dieses Jahres Polen zu verlassen. Die Zahl dieser Optanten ohne Grundbesitz wird auf 15 000 geschätzt. Der zweiten Gruppe der Optanten mit Grundbesitz soll der Aufenthalt bis zum 1. August 1926 gestattet sein. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt dann ihre Ausweisung. Sonderbestimmungen gelten für diejenigen Optanten, die Grundbesitz im Rayon polnischer Festungen haben. Diese sollen schon bis zum 1. August dieses Jahres Polen verlassen. Die Zahl der deutschen Optanten mit Grundbesitz wird auf 10 000 geschätzt. Demgegenüber befinden sich in Deutschland 8000 bis 10 000 polnische Optanten. Das Vorgehen der polnischen Regierung gegen die deutschen Optanten wird zwangsweise zu ähnlichen Gegenmaßnahmen seitens der deutschen Regierung führen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

tu. **Berlin, 17. Juli. (Tel.)** Die polnische Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat auf das letzte Schreiben des deutschen Bevollmächtigten vom 10. d. Mts., in dem Deutschland die polnischen Forderungen als unannehmbar bezeichnete, bisher eine sachliche Antwort nicht erteilt. Der polnische Bevollmächtigte hat, wie halbamtlich mitgeteilt wird, indessen mündlich angeregt, spätestens am 16. September wieder zusammenzukommen, um die Lage sodann einer Prüfung zu unterziehen und sich vorbehalten, gegebenenfalls auch zu einem früheren Zeitpunkte eine solche Zusammenkunft vorzuschlagen. Der deutsche Bevollmächtigte hatte schon in einem oben erwähnten Schreiben sich jederzeit zu neuen Verhandlungen bereit erklärt, sobald Polen anderweitige Vorschläge mache und hat damit dieser Anregung zugestimmt.

Der Führer der polnischen Handelsdelegation in Berlin wird morgen in der Wirtschaftskommission des polnischen Sejm Bericht über seine Verhandlungen in Berlin erstatten. Es verlautet, daß er nächste Woche wieder in Berlin eintrifft, um die Verhandlungen fortzusetzen.

Deutscher Fischdampfer gesunken.

tu **Berlin, 17. Juli. (Tel.)** Die „Deutsche Tageszeitung" meldet aus London: „Manchester Guardian" berichtet, daß der deutsche Fischdampfer Zeisig in dichtem Nebel in der Nähe von Buchaneß an der Küste von Aberdenshier mit einem englischen Dampfer zusammenstieß und in einer Viertelstunde sank. Die Mannschaft des britischen Dampfers rettete den Kapitän und die aus 15 Köpfen bestehende Mannschaft des deutschen Schiffes.

Die Gegensätze in der französischen „Radikalen Partei".

Von unserem Korrespondenten.

* **Paris, Mitte Juli.**

Werden die französischen Parlamentsferien zu einer Umgestaltung des Kabinetts benützt werden? Oder zu einer Umstellung der Parteien in ihrer Haltung zu Painlevé? Nur eine dieser beiden Fragen läßt sich mit „Ja" beantworten, sofern man, was allgemein geschieht, zugibt, daß die gegenwärtige unsichere Lage des Kabinetts nicht zu einer verewigten Krisenatmosphäre führen darf. —

Unter den 295 Abgeordneten, die das Kabinett in der letzten Sitzung vor den Ferien bei der Abstimmung über das Budget retteten, waren etwa 90, die der früheren Herriot-Mehrheit angehörten. Die restlichen 200 Deputierten waren sämtlich erbittertste Gegner der Herriot-Politik seit über einem Jahr. Dadurch stützt sich Painlevé auf die gleiche Mehrheit des Nationalen Blocks, auf die Poincaré bauen konnte. Daß das Linkskartell, von dem manche politischen Theoretiker behaupten, es lebe noch, spalte sich bloß bei manchen Abstimmungen, während andere die Meinungsverschiedenheiten bereits für den Beweis seines Todes halten, damit zumindest [illegible] ist sicher.

Auch beim Ruhreinmarsch war die „Radikale Partei" gespalten. Damals folgten Herriots Losungswort: „Kampf gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes!" nur 35 von 82 Abgeordneten, während die übrigen Poincaré unterstützten. Allerdings wurde am 7. Februar 1924 einmütig ein Wahlprogramm von der Partei angenommen, in dem es hieß: „Unsere Gegner sind der Nationale Block und die Moskauer Doktrinen," doch kommt man jetzt in ihren Reihen immer mehr auf das Vorkriegsstadium einer gemeinsamen Arbeit mit der Linksgruppe des Nationalen Blocks (der „Republikanisch-Demokratischen und Sozialen Partei") zurück.

Von dieser war der „Radikalen Partei" die ganze Zeit über, in der Herriot regierte, zum größten Vorwurf gemacht worden, daß sie sich nach links orientierte, anstatt zu ihren alten Bundesgenossen rechts von ihr zu halten. Sollten die Sozialisten in der Folge zu einer klaren und steten Opposition gegen das Kabinett Painlevé übergehen, so kann sich in der französischen Politik bereits Ende des Jahres ein vollkommener Wandel vollziehen. Die Regierung kann entweder eine Wechselmehrheit im Parlament hinter sich haben, das heißt die verschiedenen Gesetze bald mit den Stimmen der Rechten, bald mit denen der Linken durchbringen, oder aber sie stützt sich ganz auf die alte Poincaré-Mehrheit.

Diese Uneinigkeit der den Sozialisten am nächsten stehenden bürgerlichen Partei bei wichtigen politischen Fragen ist eine merkwürdige, in fast allen europäischen Ländern seit einigen Jahren auftretende Erscheinung, die man wohl am stärksten eben in Belgien sah. Auch unter dem jetzigen Auseinanderfall der französischen „Radikalen Partei" verbirgt sich mehr, als deren Mitglieder einstweilen wahrhaben wollen: Denn sie führen dagegen, daß jetzt wieder die Reaktion in Frankreich triumphieren würde, drei Gegengründe an, von denen der eine immer weniger stichhaltig erscheint als der andere. Zunächst, so behauptet man in ihren Reihen, seien die Abgeordneten, die zusammen mit rechts für das Budget gestimmt haben, damit noch keineswegs für immer an eine Rechtskoalition gebunden, sondern sie wollten nur keine Ministerkrise am Vorabend der Ferien, der Kantonalwahlen und der neuen Caillaux-Anleihe eröffnen (das bedeutet aber nicht, daß sie nicht bei jeder ähnlichen Gelegenheit wieder dieselbe Stellung einnehmen werden!). Zweitens bedeute Painlevés Person eine Garantie für eine Linkspolitik. Painlevé werde nie in der Regierung eine Partei vertreten wollen, die nicht die seine ist (den Gegenbeweis ist Painlevé allerdings seit Beginn seiner Amtszeit schuldig geblieben). Und schließlich haben die Nachwahlen zum Senat, sowie die Kommunal- und Kantonalwahlen stets neue Erfolge der Linksparteien erbracht. Aber dies ist gerade der innere Widerspruch bei der jetzigen Situation: Kann die Koalition des 12. Juli 1925 das Linkskartell vom 11. Mai 1924

über den Haufen rennen, indem es durch kühne energische Reformen — vor allem auf dem Gebiete des Finanzwesens — die Begeisterung aller schwankenden Mitglieder der „Radikalen Partei“ hervorruft und diese nach rechts mit sich reißt? Caillaux, der ehemalige Führer der „Radikalen Partei“, scheint diesem Gedanken durchaus nicht abgeneigt.

Fred Lobert-Karn.

Großer Lärm im Reichstag.

Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches. — Kinderarbeit. — Beamtenfragen. — Das Tragen der Militäruniform.

✠ **Berlin,** 17. Juli. (Tel.)

Das Haus hört zunächst den mündlichen Bericht des Untersuchungsausschusses an über die Untersuchung der Ursache des

deutschen militärischen Zusammenbruches im Jahre 1918.

Abg. Dr. Philipp (DN.) gibt im Auftrage des Untersuchungsausschusses eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages für die Schuldfrage des Ausbruches, des Verlaufes und des Ausgangs des Weltkrieges hatte die Vorgänge zu untersuchen, die 1918 zum deutschen Zusammenbruch geführt haben. Der 4. Unterausschuß hat das Ergebnis seiner Tätigkeit in einem dreibändigen Werk „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs“ niedergelegt. Der Unterausschuß kam zu der Ueberzeugung, daß er ohne die streng wissenschaftliche Vorarbeit von Sachverständigen niemals zu zuverlässigen Feststellungen gelangen könnte. Der Ausschuß stand hier vor der Frage, ob er den General von Hindenburg und General Ludendorff hören wolle. Die Sachverständigen erklärten übereinstimmend, durch die Schriften der Heerführer einen hinreichenden Ueberblick über ihr Handeln und ihre Beweggründe gewonnen zu haben. Später beschloß der Ausschuß, daß er es vermeiden müsse, ein Urteil ohne Anhören der sogenannten Angeklagten zu sprechen. Er beschloß, daher am 4. Februar 1925, das Material dem General Ludendorff mit dem Anheimstellen zu übersenden, Stellung dazu zu nehmen. General Ludendorff hat die Einsichtnahme abgelehnt. (Hört! hört! links.) Dagegen war der jetzige Generalmajor im Reichswehrministerium, Wetzell, zu einer Stellungnahme bereit. Wetzell war während der Offensive des Jahres 1918 Chef der Operationsabteilung der Obersten Heeresleitung und mußte daher über die Absichten und Gedanken der Heerführer auf das Genaueste unterrichtet sein. Er reichte dem Ausschuß eine Denkschrift ein, die im Ausschuß in Gegenwart von Fachmännern und ihm selbst besprochen wurde. Der Ausschuß unterschied zwischen krimineller, moralischer und historischer Schuld. Einmütig stellte er fest, daß von krimineller Schuld in keinem Falle die Rede sein konnte. Wegen der moralischen und historischen Schuld kam die Mehrheit zu dem Urteil, daß keine Stellungnahme erfolgen könnte, die irgendwie zu einem Schuldurteil führte. Die Entschließungen der Sozialdemokraten und Kommunisten glaubten die Heerführer Hindenburg und Ludendorff mit moralischer und historischer Schuld belasten zu müssen. Der Untersuchungsausschuß bittet das Hohe Haus und die Oeffentlichkeit, die Ergebnisse seiner Arbeit zu prüfen und die Stellungnahme dazu den Fachmännern und Politikern außerhalb des Reichstages zu übergeben.

Das Haus schließt sich dem Ausschußantrag an und beschließt, von dem Bericht des Untersuchungsausschusses lediglich Kenntnis zu nehmen.

Ohne Debatte stimmte das Haus in allen drei Lesungen dem Gesetzentwurf über die Konsulargerichtsbarkeit in Aegypten und dem Entwurf über die Aufhebung der Verordnung zur Sicherstellung im Warenumlauf zu.

Es beginnt die dritte Beratung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes betr. Abänderung des Gesetzes über

die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben.

Die Novelle will in der Ausschußfassung vor allem verbieten, Kinder unter drei Jahren bei Filmaufnahmen zu beschäftigen, sofern es sich nicht um wissenschaftliche Zwecke handelt.

Nach kurzer Aussprache wird ein Kompromißantrag angenommen, der die Verwaltungsbehörden ermächtigt, bei Kindern über drei Jahren in Ausnahmefällen die Genehmigung zum Filmen zu erteilen, wenn umfassende Schutzmaßnahmen für die Kinder getroffen sind. Vor Erteilung der Erlaubnis solle auch das Jugendamt gehört werden, eventuell die Schulaufsichtsbehörde.

Die endgültige Abstimmung wird ausgesetzt.

Dann setzt das Haus die Beratung über den

Abänderungsentwurf zur Personalabbauverordnung

fort.

Abg. Frick (völk.) bekennt sich zu dem Berufsbeamtentum. Die Beamten müßten abgebaut werden, die man als Kreaturen Severings bezeichnen könne. (Großer Lärm links. Präsident Loebe rügt den Ausdruck „Kreaturen“ als Bezeichnung für Beamte.) Der Redner verlangt, daß zunächst die seit der Revolution in das deutsche Beamtentum eingedrungenen Juden abgebaut würden. Die Vorlage bringe erhebliche Verbesserungen für die Beamten und die Völkischen würden ihr daher zustimmen.

Abg. Schultz-Steglitz (Dem.) weist die scharfen Angriffe des völkischen Redners auf die Beamten der Republik zurück. Es müsse als ein Rechtsbruch in der Geschichte des Beamtentums bezeichnet werden, daß in der Vorlage ein Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Beamten insofern gemacht werde, als für weibliche Beamte Ausnahmebestimmungen bestehen bleiben. Das sei eine Verletzung der Verfassung.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Einzelaussprache wendet sich Frau Abg. Nehmitz (Soz.) gegen die bei der Revision der Abbauverordnung bestehen gebliebenen Ausnahmebestimmungen gegen die weiblichen Beamten. Diese Ausnahmebestimmungen seien verfassungswidrig.

Abg. Groß (Zentr.): Es handele sich darum, sich gegen die Art zu wenden, in der der Abbau durchgeführt wurde und dafür einzutreten, daß die Beamten wieder in den vollen Genuß ihrer Rechte kommen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frau Dr. Lüders (D.) meint, die Beamtinnen hätten alle nur geheiratet, nachdem sie sich vergewissert hätten, daß ihnen ihre verfassungsmäßigen Rechte erhalten bleiben. Jetzt nehme man den verheirateten Beamtinnen diese Rechte, angeblich nur auf einige Jahre, wahrscheinlich aber ad infinitum.

Staatssekretär Sauter wünscht, daß die Frage der Rechte der verheirateten Beamtinnen vom wirtschaftlichen und staatspolitischen Standpunkte aus betrachtet werden. Die Erfahrung habe gezeigt, daß verheiratete Beamtinnen sich 2—3 mal mehr krank gemeldet hätten, als die ledigen, und daß sie ihre Entscheidungen immer zu ungunsten des Dienstes und zugunsten der Familie getroffen hätten. Diese Mißstände müßten beseitigt werden. Es sei zu hoffen, daß das neue Beamtenrecht die Handhabe dazu bieten werde.

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung wird ein sozialdemokratischer Antrag, die Vorlage und ihre Verbesserungen auch den Beamten der Länder und Gemeinden zugute kommen zu lassen, mit 181 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Ein anderer sozialdemokratischer Antrag, der die Abfindungssumme der Beamten, die nach Inkrafttreten der Novelle austreten, besonders und zwar etwas höher festsetzen will, wird im Hammelsprung mit 192 gegen 147 Stimmen angenommen. (Beifall links.)

Mit großer Mehrheit wird ein Antrag der Kompromißparteien angenommen, der verlangt, daß unter den Wartestandsbeamten vorzugsweise verdrängte Auslandsdeutsche, Kolonialdeutsche, Grenzdeutsche und ehemalige Beamte des Reichslandes Elsaß-Lothringen berücksichtigt werden sollen. Ueber einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der Ausnahmebestimmungen gegen verheiratete weibliche Beamte findet namentliche Abstimmung statt; sie ergibt mit 180 gegen 179 Stimmen die Annahme des Antrages. Das Zentrum stimmt geteilt, ein Abgeordneter enthält sich der Stimme.

Das Haus wendet sich dann den rückständigen Abstimmungen zu dem Aenderungsentwurf der Sozialdemokraten für die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben zu. Ein Antrag der Frau Schröder (Soz.), der im Gesetze verbieten will, daß Kinder unter 3 Jahren zu Filmaufnahmen verwendet werden, wird in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 171 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also bei der Vorlage, die für Dienste der Wissenschaft und Kunst eine Verwendung von Kindern unter 3 Jahren zulassen will, wenn umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind. Das Haus stimmt der Vorlage in der Schlußabstimmung zu.

In der fortgesetzten Lesung des Aenderungsgesetzes der Personalabbauverordnung setzt sich

Abg. Frau Teusch (Ztr.) für eine Erhöhung der Abfindungssumme für ausgeschiedene Beamtinnen ein.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die beschlossene Streichung des Frauenparagraphen die Regierung vor eine gänzlich neue Situation gestellt habe. Sie müßte sich nunmehr ihre Stellungnahme wieder vorbehalten und werde kaum in der Lage sein, in der Frage der Abfindungssumme nunmehr Entgegenkommen zu zeigen. (Hört! hört!)

Die dritte Lesung wird auf Wunsch der Regierung und einiger Parteien ausgesetzt. (Aharufe links.)

Dann setzt das Haus die erste Beratung des Gesetzentwurfes über das

Recht zum Tragen einer Militäruniform

fort.

Abg. Graf zu Eulenburg (DN.) wendet sich unter großer Unruhe der Linken gegen die Ausführungen, die vor einiger Zeit ein sozialdemokratischer Redner zu dieser Vorlage gemacht hatte. Der Redner erklärte u. a.: Es sei den Sozialdemokraten vorbehalten gewesen, das Abgeordnetenhaus, den Reichspräsidenten, die Reichswehr und das gesamte Offizierkorps in einer Weise herabzusetzen, die für das Niveau des Hauses ungewöhnlich sei. (Lärm links.) Die Deutschnationalen könnten auf diese Ausführungen nur mit grenzenloser Verachtung erwidern. (Lebh. Beifall rechts. Zurufe links.)

Abg. von Ramin (Völk.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Ausführungen. Wenn die Sozialdemokraten sich dagegen wenden würden, daß hier ein Ausnahmerecht für Offiziere geschaffen werde, so würden die Völkischen nichts dagegen haben, wenn auch Unteroffiziere und Mannschaften das Recht erhielten, die alten Uniformen wieder zu tragen. (Heiterkeit.) Der Redner bezeichnet im Laufe seiner Ausführungen die Haltung der Republik als „bündische Unterwürfigkeit gegenüber dem äußeren Feinde“ und erklärt zu der sozialdemokratischen Behauptung, die politischen Meuchelmörder Rathenaus, Erzbergers u. a. seien aus dem Offizierkorps hervorgegangen, daß er persönlich den politischen Mord ablehne, daß aber die Sozialdemokraten durchaus nicht immer den politischen Mord verabscheut hätten. Die Sozialdemokraten hätten noch ihr Mitglied Adler in Oesterreich und während der Revolution seien durch sie 30 Offiziere in Berlin erschossen worden. (Großer Lärm auf der Linken und Zurufe: Lügner! Glocke des Vizepräsidenten Dr. Bell.)

Es ist dem Vizepräsidenten nicht möglich, den Lärm, der durch gegenseitige beleidigende Zurufe im ganzen Hause immer größer wird, zu durchdringen. Schließlich unterbricht Vizepräsident Dr. Bell unter ungeheurem Lärm des Hauses die Sitzung um 5 Minuten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung beantragt Abg. Dr. Rönneburg (Dem.) die Vertagung des Hauses vorzunehmen, da heute kaum die Gewähr gegeben sei, die Verhandlungen in parlamentarischer Form fortzusetzen. (Lärm rechts.)

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, deren Verlauf infolge des unbeschreiblichen Geschreis der Abgeordneten nicht festzustellen ist, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 2½ Uhr. — Schluß gegen 8 Uhr.

*

Die in dem großen Lärm z. T. verlorengegangenen **Worte** des Abg. v. Ramin (Völk.) haben folgendermaßen gelautet: Nachdem der Abg. Sollmann (Soz.) dem Redner von Ramin wiederholt „Lügner“ zugerufen hatte, erwiderte dieser dem Abg. Sollmann: „Wenn Sie Jammerlappen mir ohne parlamentarischen Schutz morgen früh mit der Waffe gegenüberstehen würden, so würden Sie mich nicht Lügner nennen!“

Rückzug der französischen Posten um Taza.

Paris wird nervös.

tu. **Paris,** 17. Juli. (Tel.) Aus sicherer Quelle wird berichtet, daß die Garnison von Rhians, 22 Kilometer nordöstlich von Quezzan von den Rifkabylen genommen worden ist. Die Garnison soll gefangen genommen und in das Innere des Landes abgeführt worden sein.

tu. **Madrid,** 17. Juli. (Tel.) Die Spanier beobachteten von ihren Positionen in Tefere wie ein französisches Lager im nahen Rihana nach schweren Kämpfen in die Hände des Feindes fiel, der eine große Anzahl Geschütze eroberte und viele Gefangene machte. Alle französischen Posten um Taza wurden zurückgezogen, da ihre Verpflegung fast unmöglich wurde. Beim Rückzug wurde alles, was nicht mitgenommen werden konnte, verbrannt.

tu. **London,** 17. Juli. (Tel.) Die englischen Morgenblätter sehen in der Abkommandierung des Marschalls Petain nach Marokko — der gestern abend plötzlich und überraschend im Flugzeug sich an die Marokkofront begeben hat — einen Beweis für den Ernst der Lage und die Gefahren für die Hauptstadt Fez. „Daily Expreß“ faßt die Lage wie folgt zusammen: Der plötzliche und bedeutsame Entschluß, einen der besten französischen Soldaten in das Kriegsgebiet zu entsenden, deute auf die Ankunft ernster Nachrichten aus Marokko, wonach die Unruhen unter den loyalen marokkanischen Stämmen zugenommen hätten. Die öffentliche Meinung in Frankreich sei schwer beunruhigt. — Daß diese Auffassung richtig ist, wird bestätigt durch die ebenfalls schleunige Abreise General Naulins, der nunmehr am 21. Juli in Marokko eintreffen wird.

tu. **Paris,** 17. Juli. (Tel.) Die Nervosität der Presse über die Vorgänge in Marokko kommt vielfach in widerspruchsvollen Meldungen und Vorschlägen zum Ausdruck, durch die der Krieg mit einem Schlage beendet sein soll. „Ere nouvelle“ tritt dafür ein, alle verfügbaren Flugzeuge nach Marokko zu entsenden, erst dann würde Abd el Krim matt gesetzt werden, dann würde „vom Himmel ein Kugelregen“ fallen. Nach anderen Blättern, die die Absendung starker Flugzeuggeschwader fordern, ist anzunehmen, daß sich die Regierung mit dem Gedanken trägt, in Kürze große Geschwader nach Marokko zu senden. Petain erklärte vor seine Abreise, vor allen Dingen müsse den Truppen, die nun schon monatelang übermenschliche Anstrengungen aushalten, das Vertrauen wiedergebracht werden. Verstärkungen kämen zu Wasser und zu Lande an und zwar von Oran und Casablanca.

China gegen die Zollkonferenz.

✕ **Peking,** 17. Juli. (Tel.) Die öffentliche Meinung Chinas verwirft aufs schärfste die Absicht, die China-Konferenz der neun an den Washingtoner Verträgen beteiligten Mächte auf die Zollfrage zu beschränken. Als Folge einer solchen Konferenz wird erweiterte Finanzkontrolle über China, Verschärfung des wirtschaftlichen Drucks und Einrichtung eines allmächtigen Kontrollamtes befürchtet. Das würde praktisch das Ende des Selbstbestimmungsrechtes des chinesischen Volkes bedeuten. Deutschlands Teilnahme an einer allgemeinen chinesischen Weltkonferenz wird aus dem Grunde gefordert, weil Deutschland vor vier Jahren auf alle Sonderrechte in China verzichtet hat und als Zeuge für die Wirkung seines Vertrages mit China auftreten könnte. Die Schanghai-Verhandlungen sind auf dem toten Punkt angelangt, die Ansichten innerhalb des diplomatischen Korps gehen weit auseinander.

tu **London,** 17. Juli. (Tel.) Der japanische, französische und amerikanische Botschafter hatten gestern mit Chamberlain eine längere Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen in China.

tu **Berlin,** 17. Juli. (Tel.) Wie der „L. A.“ aus London meldet, hat die englische Regierung den an China interessierten Mächten eine Note zugestellt, in der sich England mit einer Untersuchung der Vorfälle in Schanghai durch dortige unparteiische Richter einverstanden erklärt. Unter der Bedingung, daß China das ihm zur Verfügung gestellte Geld für seinen Wiederaufbau und nicht für militärische Zwecke verwendet, ist England bereit, an einer von Amerika einzuberufenden Konferenz über die China-Fragen teilzunehmen. Die britische Regierung würde weiterhin bei einem erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz mit der Einsetzung einer Kommission einverstanden sein, die die exterritorialen Fragen erörtert.

Von Nah und Fern.

„Der Mensch nichts weiter als ein Cousin des Affen oder Elefanten.“

tu. **Newyork,** 17. Juli. (Tel.) Im weiteren Verlauf des Prozesses erörterte die Staatsanwaltschaft und Verteidigung nach Ausschließung der Oeffentlichkeit in stundenlangen Reden die Frage, ob die Sachverständigen angehört werden sollten. Schließlich vertagte der Richter die Entscheidung auf heute. Man erwartet ein baldiges Prozeßende, falls der Antrag der Staatsanwaltschaft durchgeht. Bryan hielt eine lange Rede, in der er sich für den Ausschluß der Oeffentlichkeit einsetzte. Er erklärte, die Anhörung von Sachverständigen sei überflüssig. Die Experten könnten nur darüber aussagen, ob die Affentheorie richtig oder falsch sei. Bryan fragte weiter, ob die Lehrer, die von den Eltern bezahlt würden, das Recht hätten, die Kinder etwas zu lehren, was die Eltern nicht wünschten, nämlich die Behauptung, daß die Bibel lüge. Der Mensch sei nach Scopos Theorie nichts weiter als ein Kousin des Affen oder Elefanten. (Schade, daß wir die Affensprache nicht verstehen. Möglicherweise würden wir entsetzt feststellen, daß auch „Onkel Pavian“ gegen diese Scopes-Theorie sehr energisch protestiert! Die Red.)

tu. **Newyork,** 17. Juli. (Tel.) Im Affenprozeß wurde heute die Zulassung der wissenschaftlichen Sachverständigen abgewiesen.

Großfeuer in einer Linoleumfabrik.

w. **Berlin,** 17. Juli. (Drahtb.) Heute morgen brach in der Korkmühle der Delmenhorster Linoleumfabrik Großfeuer aus. Die Korkmühle wurde vollständig zerstört. Es gelang, den Brand einzudämmen. 5 Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt. Der Schaden ist nicht zu übersehen.

Neue Nordpolexpedition.

w. **Berlin,** 17. Juli. (Drahtb.) Aus Spitzbergen wird gemeldet, daß das Motorschiff „Island“ mit der Algarsson-Expedition an Bord gestern in Green Hebiou angekommen ist. Algarsson beabsichtigt, soweit wie möglich nach Norden und Osten vorzudringen. Die Expedition soll auf Schiffen unternommen werden. Man rechnet damit, in fünf Wochen zurück zu sein.

Mark- und Frankenschlußnotierungen.

h. **Newyork,** 17. Juli. (Funkspruch.) Schlußkurs der Mark 23,80—82. 100 Franken gleich 4,70½ Dollar.

Baumwollnotierungen.

h. **Bremen,** 17. Juli. (Eig. Drahtb.) Schlußnotierungen: September 26,03—23; Oktober 25,85—90; Dezember 25,85—90; Januar 25,74—80; März 25,90—97; Mai 26,03—07.

h. **Liverpool,** 17. Juli. (Funkspruch.) Umsatz 4000; Imp. 6900; f. d. Export 2000. Schlußnotierungen: loco 13,72; Juli 13,37; August 13,16; September 12,96; Oktober 12,86; November 12,72; Dezember 12,73; Januar 12,73; Februar 12,73; März 12,77; April 12,75; Mai 12,81; Juni 12,75.

h. **Newyork,** 17. Juli. (Funkspruch.) Willig. Schlußnot.: loco 24,40; Juli 23,65—65; August 23,55—55; September 23,75 bis 75, Oktober 23,88—92; Dezember 24,00—03; Januar 23,45 bis 45; März 23,76—76; April 23,87—87; Mai 23,98—98. Zufuhr: Atlantik 3000.

Getreidenotierungen.

h. **Chicago,** 17. Juli. (Funkspruch.) Schlußnotierungen: Weizen: Juli 161,625, Sept. 157,625, Dez. 158,5, fest; Mais: Juli 106, Sept. 107,875, Dez. 90,125, stetig; Hafer: Juli 45,75, Sept. 46,75, Dez. 49,25, willig; Roggen: Juli 100,5; Sept. 103,5; Dez. 106,625, stetig.

Reichskanzler a. D. Dr. Jos. Wirth

spricht in einer öffentlichen Kundgebung des Provinzialverbandes der westfälischen Windthorstbunde am **Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des kathol. Gesellenhauses, Münster i. W.** Aegidiistraße.